

Presseinformation

Ansprache Romani Rose „10 Jahre Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas“

Sperrvermerkt, 24. Oktober 2022, 11:00 Uhr

!!! Es gilt das gesprochene Wort !!!

Verehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,

Exzellenzen,

verehrte Überlebende,

sehr geehrte Vorstände des Zentralrats,

lieber Zoni Weisz,

werter Herr Neumärker,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Gäste,

es ist mir eine Ehre, hier an diesem Ort zu Ihnen zu sprechen. Hier am nationalen Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, das die Bundesrepublik am 24. Oktober 2012 der Öffentlichkeit übergeben hat und das seither als ein weithin sichtbares Zeichen im Herzen Berlins steht, dass Deutschland sich auch diesem Teil seiner Verantwortung gestellt hat.

Sehr gerne hätte ich heute Dani Karavan hier bei uns begrüßt der im vergangenen Jahr verstorben ist und der dieses Denkmal entworfen hat. Ich freue mich sehr, dass ich seine Tochter Noa Karavan hier bei uns willkommen heißen darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Erinnern heißt Konsequenzen ziehen.

Erinnern ist Verantwortung.

Dieses Denkmal, an dem wir uns heute versammelt haben, symbolisiert nicht die Zementierung von Schuld an einem Verbrechen, das man nur als Zivilisationsbruch bezeichnen kann. Dieses Denkmal appelliert vielmehr an die Verantwortung, die uns allen – und damit ganz Europa – zukommt, durch Erinnern an die Schrecken des Nationalsozialismus, den hohen Wert unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaats zu erkennen, zu festigen und zu bewahren.

Dazu gehört auch, sich zur gesamten Geschichte zu bekennen. Oftmals finden die Sinti und Roma noch heute in offiziellen Reden, in denen an die Opfer des Holocaust erinnert wird, keine Erwähnung.

Der damalige Bundespräsident Roman Herzog sagte bei der Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma 1997, der Völkermord an den Sinti und Roma sei – ich zitiere – „aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“ Zitat Ende.

Dieses Zitat des damaligen Bundespräsidenten ist heute Teil der Chronologie am Denkmal und seine Klarheit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Von 1985, als die ersten Gespräche mit der Bundesregierung stattfanden, bis 2012 mussten wir 27 Jahre lang Widerstände überwinden, bis das Denkmal der Öffentlichkeit übergeben werden konnte.

Ein Denkmal, und das möchte ich hier auch noch einmal ausdrücklich betonen, dass dieser Staat zur Erinnerung an die Ermordeten errichtet hat und mit dem er sich zu seiner historischen Verpflichtung bekennt, den Antiziganismus für alle Zeiten zu ächten. Genau wie das Denkmal, das an die 6 Millionen in der Shoa ermordeten Jüdinnen und Juden erinnert, ist dieses Denkmal für die Sinti und Roma nicht nur ein Ort des Gedenkens. Die Orte, an denen wir Sinti und Roma unserer ermordeten Menschen gedenken, sind die ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager, wie Auschwitz-Birkenau, Buchenwald, Treblinka oder Majdanek.

Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in ihrer Ansprache, die sie hier vor genau zehn Jahren zur Eröffnung des Denkmals gehalten hatte, – ich zitiere – es sei eine „vielfältige Gedenkkultur, die Deutschland pflegt, Erinnerung, die nicht rückwärtsgewandt ist. So verstanden trägt ein nationales Denkmal zum Nachdenken bei. Es hilft heutigen und kommenden Generationen, das Verantwortungsbewusstsein für ein gedeihliches Miteinander aller Menschen in Deutschland wachzuhalten. Erinnern ist also Teil unseres demokratischen Selbstverständnisses, um die Zukunft gestalten zu können.“

Diese Worte haben auch heute noch die gleiche Berechtigung, wie vor zehn Jahren, und sie treffen aus meiner Sicht genau den Kern dessen, was Erinnern ausmacht, welcher gesamtgesellschaftliche Wert individuellem und kollektivem Erinnern innewohnt. Wenn man auf das Erinnern verzichten würde, wie es so manche heute fordern, wenn man einen Schlusstrich ziehen würde, würde man der heutigen Gesellschaft und zukünftigen Generationen in diesem Land die Möglichkeit nehmen, für unser aller Zukunft aus der Geschichte Lehren zu ziehen.

Das nationale Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas ist schlussendlich der Stein gewordene Beweis dafür, dass seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 ein gesellschaftlicher Wandel in unserem Land stattgefunden hat. Wir Sinti und Roma haben mit unserer Bürgerrechtsarbeit einen entscheidenden Anteil daran. Dieser Wandel, den wir vor allem in der Politik verspüren, manifestiert sich in zahlreichen positiven Entwicklungen, die wir – auch seit der Übergabe des Denkmals an die Öffentlichkeit – sehen können.

Dennoch müssen wir trotz dieser Entwicklungen zur Kenntnis nehmen, dass ein neuer Nationalismus und ein neues rassistisches Denken wieder um sich greifen, dass antiziganistische und antisemitische Hetze wieder dazu führen, dass Menschen zu Sündenböcken gemacht werden und sich in ihrer Existenz bedroht sehen.

Übergriffe gegen Minderheiten, wie in Rostock-Lichtenhagen, in München, Halle oder Hanau, fallen auf unsere gesamte Gesellschaft zurück, sie beschämen das gesamte Land. Auch deshalb, weil diese Verbrechen aus Rassenhass oftmals mit Versagen der Sicherheitsbehörden entschuldigt werden.

Dieses Versagen und seine Folgen sind nicht das Problem von Sinti und Roma oder Juden oder von Angehörigen anderer Minderheiten, sondern das Problem von uns allen, die wir in einer Gesellschaft leben, die ihre Geschichte kennt. Deshalb müssen wir alle gemeinsam solchen Auswüchsen entschlossen entgegenzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Sinti und Roma sind seit Jahrhunderten in Europa und seit mehr als 600 Jahren in Deutschland beheimatet. Wir sind Staatsbürger unserer jeweiligen Heimatländer. Dennoch werden Sinti und Roma mit Hinweis auf ihre Abstammung und ihre kulturelle Identität immer wieder aus der Gesellschaft und damit aus der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen und pauschal stigmatisiert.

Gerade angesichts dieses Denkmals und im vollen Bewusstsein dessen, woran es erinnert, dürfen wir als demokratische und offene Gesellschaft solche Ausgrenzungs- und Spaltungsversuche niemals tolerieren und müssen ihnen mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegenzutreten.

Ich danke Ihnen.